



ANTRAG
an das Wirtschaftsparlament
der Wirtschaftskammer Österreich
am 24.11.2022

Wien, 27. Oktober 2022

Stopp der Energiepreisexplosion!

Österreich sieht sich konfrontiert mit einer seit 70 Jahren nicht mehr dagewesenen Rekordinflation von 10,5% im September 2022. Eine wesentliche Triebkraft dahinter sind die exorbitant gestiegenen Energiepreise. Im Jahresschnitt ist der Preis für Gewerbestrom etwa um 300% explodiert, einzelne Betriebe stehen sogar einer 5-10fachen Kostensteigerung gegenüber. Dazu kommen steigende Preise für Waren, Rohstoffe, Pacht- und Mietbeiträge sowie höhere Personalkosten. Die Möglichkeiten diese Preisanstiege zu überwälzen, sind für KMU angesichts des harten Wettbewerbs und des kleineren Kundenkreises begrenzt. Gleichzeitig klaffen die Energiekosten in Europa und in den USA immer stärker auseinander (Spread zwischen Großhandelspreisen für Strom bei 400% und bei Gas sogar bei fast 1.000%). Die Situation an den Märkten für Energiefutures lässt überdies weiter ansteigende Energiepreise befürchten. Das führt zu eklatanten Einbußen hinsichtlich der Wettbewerbsfähigkeit. Einzelne Betriebe können nicht mehr kostendeckend produzieren und es besteht das Risiko, dass Teile der Produktionstätigkeiten ins Ausland verlagert werden. Diese Entwicklungen drohen Pleitewellen und Massenarbeitslosigkeit auszulösen, die Deindustrialisierung Österreichs zu begünstigen sowie letzten Endes auch, den sozialen Frieden im Land zu gefährden. Der von der Regierung geplante Energiekostenzuschuss ist volumensmäßig nicht ausreichend, um diesen gesamtwirtschaftlichen Entwicklungen effektiv entgegenzutreten und ein Förderchaos, ähnlich wie bei den Coronahilfen, ist bereits vorprogrammiert.

Klar ist aufgrund all dessen, dass die Energiemärkte in ihrer Aufgabe eine faire Preisbildung zu gewährleisten, versagt haben. Strom- und Gaspreise liegen weit jenseits eines nachvollziehbaren Niveaus - das System der Merit-Order führt zu beispiellosen Preisexplosionen. Die offensichtlichste Ableitung daraus ist, dass nun ein Eingriff in die Märkte notwendig wird. Durch eine Höchstpreisfestsetzung bei Gas könnte die ärgste Not der Unternehmer:innen gelindert werden und die Wirtschaftlichkeit wieder gesichert werden. Deshalb muss sich die EU noch nachdrücklicher für einen gemeinsamen Gaseinkauf einsetzen und das dadurch erworbene Gas muss für einen gestützten Preis von 50€/MWh an die Industrie, Betriebe und Haushalte weitergegeben werden. Somit bleibt der Wirtschaftsstandort Österreich durch verringerte Energiekosten attraktiv und Haushaltskunden werden in ihrer Kaufkraft gestärkt. Gleichzeitig ist es unabdingbar, dass günstiges Gas an Gaskraftwerke für die Verstromung weitergegeben wird und somit der Strompreis mitgestützt wird. Dadurch könnte man den Strompreis jedenfalls unter 200€/MWh drücken. Während die Kosten für diesen Lösungsvorschlag bei 9 Milliarden Euro liegen, beziffern wir den Ersparnisefekt für Wirtschaft, Industrie und Bevölkerung auf satte 21 Milliarden Euro. Gerade für selbständige Unternehmer:innen ist die Gaspreisdeckelung wichtig, weil diese oft von zuhause arbeiten und daher nicht in der Lage sind, untertags die Heizung abdrehen zu können. Sollte dieses Modell auf EU-Ebene nicht mehrheitsfähig sein, muss die österreichische Regierung einen Alleingang wagen. Das Argument, dass durch Gassubvention günstiger Strom für das Ausland produziert wird, geht ins Leere, da eine Strompreiszonentrennung grundsätzlich möglich ist.

Die Verschnaufpause, die dieses Modell der österreichischen Wirtschaft verschafft, muss dafür genützt werden, dass der Preisfindungsmechanismus der Merit Order prinzipiell reformiert und eine neue fairere Energieeffizienz in vielen Bereichen verbessert und der Struktur für die Preisbildung konzipiert wird. Selbstverständlich muss flankierend zu all dem der Ökostromausbau durch die Beseitigung bürokratischer Hürden bei Genehmigungsverfahren und Förderzugriffen gestärkt werden. Zusätzlich soll die Ökoförderung in Form von Krediten über das AWS erfolgen, um Unternehmen beim Umstieg auf erneuerbare Energieträger schnell und unbürokratisch zu unterstützen.

Untätig zu bleiben, in diesen für viele Unternehmer:innen so drängenden Fragen, ist keine Option. Andere Länder wie Deutschland machen es vor, wie eine Gaspreisbremse ausgestaltet sein könnte. Österreichische Unternehmen dürfen nicht in ihrer Wettbewerbsfähigkeit geschwächt werden. Es muss daher für das gleiche Energiekostenniveau wie in Deutschland gesorgt werden. Um nicht ins Hintertreffen zu geraten, muss die Wirtschaftskammer Österreich darauf hinwirken, dass die Bundesregierung hier bald nachzieht. Der Handlungsbedarf liegt auf der Hand.

Der Sozialdemokratische Wirtschaftsverband stellt daher folgenden Antrag und lädt alle Fraktionen dazu ein, ihn zu unterstützen:

- Gemeinsamer Einkauf von Gas auf europäischer Ebene
- Weitergabe von Gas an Industrie, Betriebe und Haushalte zu einem gestützten Preis von 50€/MWh
- Weitergabe von vergünstigtem Gas an Gaskraftwerke, um Strompreise zu drücken
- Abschaffung der Merit Order - Grundlegende Neugestaltung des Preisfindungsmechanismus an europäischen Strommärkten mit dem Ziel den Gas- und Strompreis zu entkoppeln
- Wesentliche Verbesserung von Energieeffizienz
- Stärkung des Ökostromausbaus durch Abschaffung zahlreicher bürokratischer Hürden – die Dauer der Genehmigungsverfahren muss auf die Hälfte der durchschnittlichen Zeit reduziert werden.
- Vergabe von Ökoförderungskrediten über das Austria Wirtschaftsservice
- Tätigwerden der WKÖ im Hinblick auf einen drohenden Verlust an Wettbewerbsfähigkeit gegenüber Deutschland



Abg.z.NR Dr. Christoph Matznetter
Vizepräsident der Wirtschaftskammer Österreich
der Wirtschaftskammer Österreich



KommR Katarina Pokorny
Mitglied des Wirtschaftsparlaments
der Wirtschaftskammer Österreich



KommR Bmstr. Baurat h.c. Dipl. Ing. Alexander Safferthal
Mitglied des Wirtschaftsparlaments
der Wirtschaftskammer Österreich